98-84377-2

Domela Nieuwenhuis, Ferdinand

Die verschiedenen Strömungen in der...

Berlin

1892

98-84377-2
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

Domela Nieuwenhuis, Ferdinand, 1846-1919. Die verschiedenen Str¨omungen in der deutschen Sozialdemokratie [microform] / F. Domela Nieuwenhuis ; aus dem Franz¨osischen ¨ubersetzt von Albert Auerbach : mit einem Vorwort des Verfassers. Berlin : O. Harnisch, 1892. [MICROFILM] OCLC: 38464335

RESTRICTIONS ON USE: *Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.*

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 11:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 3/31/98 INITIALS: F.C.

TRACKING # : 27046

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

F. Domela Nieuwenhuis

Die verschiedenen Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie.

Aus dem Französischen übersetzt

von

Albert Auerbach.

Mit einem Vorwort des Verfassers.

Preis 30 Pf.

Berlin 1892.
Verlag von O. Harnisch, Yorkstr. 43.

308
Z
Bm742

Werther Genosse!

SEP 27 1949 PCR

Sie fragen, ob ich eine Uebersetzung meines Artikels „Les divers courants de la démocratie socialiste allemande“ gestatte, und ich antworte: Gewiß, wenn Sie es für nützlich halten. Ist einmal etwas erschienen, so hört dafür das Privateigenthum auf — Bücher und Broschüren sind Gemeineigenthum.

Ich habe mich von jeder Einmischung in die persönlichen Streitfragen freigehalten, aber für die Entwickelung der Sozialdemokratie ist es sehr nöthig, ihre verschiedenen Strömungen zu beobachten. Wenn ich nicht irre, so kann man deutlich wahrnehmen, daß die sozialdemokratische Partei in Deutschland nicht mehr so prinzipientreu ist, wie früher, und das hat mich sehr betrübt. Ich habe zu viel von den deutschen Genossen gelernt, ich habe zu gute Freunde unter den sogenannten Führern gehabt, als daß ich solche Schwenkungen nicht mit Wehmuth konstatiren müßte. Aber — amicus Plato, magis amica veritas! (Plato ist mein Freund, aber die Wahrheit noch mehr!)

Ich bin in der alten Schule des kommunistischen Manifestes von Marx und Engels erzogen und ich meine, wenn man die Marx'sche scharfe Kritik des Programms genau liest und damit die Haltung in der letzten Zeit vergleicht, so kann man es aussprechen, daß Marx selbst keine Freude daran haben würde.

Wird vom Hineinwachsen des alten Staates in den neuen gesprochen, so muß ich an Engels denken, der so gut eingesehen hat, daß „die Arbeiterklasse, einmal zur Herrschaft gekommen, nicht fortwirthschaften könne mit der alten Staatsmaschine, daß diese Arbeiterklasse, um nicht ihrer eigenen, erst eben eroberten Herrschaft wieder verlustig zu gehen, einerseits die alte, bisher gegen sie selbst ausgenutzte Unterdrückungsmaschinerie beseitigen, andererseits aber sich sichern müsse gegen ihre eigenen Abgeordneten und Beamten, indem sie diese, ohne alle Ausnahme, für jederzeit absetzbar erklärt.“ Auch hält er den Staat für „eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie“, und erst „ein in neuen freien Gesellschaftszuständen heran-

gewachsenes Geschlecht wird im Stande sein, den ganzen Staatsplunder von sich abzuthun" (Vorwort zum „Bürgerkrieg in Frankreich", 1891).

Und Engels hat Furcht vor dem Bourgeois- und kleinbürgerlichen Sozialismus, der in Deutschland stark vertreten ist „zwar einerseits durch Katheder-sozialisten und Menschenfreunde aller Art, andererseits aber in der sozialdemokratischen Partei selbst. Bis in die Reichstagsfraktion hinein findet ein gewisser kleinbürgerlicher Sozialismus seine Vertretung. Und zwar in der Weise, daß man zwar die Grundanschauungen des modernen Sozialismus und die Forderung der Verwandlung aller Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigenthum als berechtigt anerkennt, aber ihre Verwirklichung nur in entfernter, praktisch unabsehbarer Zeit für möglich erklärt. Damit ist man denn für die Gegenwart auf bloßes soziales Flickwerk angewiesen und kann, je nach Umständen, selbst mit den reaktionärsten Bestrebungen zur sogenannten „Hebung der arbeitenden Klasse" sympathisiren." (Vorwort zur „Wohnungsfrage" 1887.)

Dies Alles denen zur Prüfung, welche den neuen Kurs der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland bewundern.

Ja, selbst der alte Liebknecht verhält sich jetzt ganz anders als früher. Seine Broschüre „über die politische Stellung der Sozialdemokratie, insbesondere mit Bezug auf den Reichstag", die in Klarheit noch immer ohne Beispiel ist, sagt Alles, was man heute noch braucht. Und er sagte ausdrücklich in dem Vorwort zur zweiten Auflage 1874 — das Datum dieses Vorwortes fehlt zufällig in der letzten Ausgabe von 1888! —, daß der Parlamentarismus „sich im „deutschen Reichstag" nicht minder glorreich bethätigt, als weiland im „norddeutschen Reichstag", und daß er davon „nichts zu widerrufen, ebensowenig etwas zu mildern" hat. Liebknecht trat seiner Zeit viel heftiger gegen den Parlamentarismus auf, als ich. Er fragt: „Welchen „praktischen" Zweck hat also das Reden im „Reichstag?" Keinen! Und zwecklos reden ist Thoren-Vergnügen. Nicht Ein Vortheil! Und nun auf der anderen Seite die Nachtheile: Das Prinzip geopfert, der ernste politische Kampf zur parlamentarischen Spiegelfechterei herabgewürdigt, das Volk zu dem Wahn verführt, der Bismarck'sche „Reichstag" sei zur Lösung der sozialen Frage berufen. — Und wir sollen aus „praktischen Gründen" parlamenteln? Nur der Verrath oder die Kurzsichtigkeit kann es uns zumuthen."

Und er sagt weiter: „Wohl aber hätte ich die Verurtheilung dieses spezifischen Auswuchses (des „Bismarck'schen Parlamentarismus") ausdehnen sollen auf den Parlamentarismus überhaupt."

Wenn man in dieser revolutionären Schule großgezogen ist, muß man befremdet sein, wenn man hört, wie es in der letzten Zeit zugeht. Ich fürchte dann, daß die großartige sozialdemokratische Bewegung denselben

Verlauf nehmen werde wie ihre Vorgängerin, die Chartistenbewegung in England. Vielleicht — es mag nicht anders möglich sein — kommen das Kleinbürgerthum und die Aristokratie der Arbeiter ans Ruder, um einen fünften Stand ins Leben zu rufen, der dann denselben Kampf durchzumachen hat, wie heute der vierte. Die Vorzeichen sehe ich in der Haltung, welche die Sozialdemokratie dem Lumpenproletariat gegenüber eingenommen hat. Droht denn die Gefahr nicht, daß durch die vervollkommnete Mechanik ein großer Theil des Proletariats in die Reihen des Lumpenproletariats geschleudert wird? Ist das einmal der nothwendige Verlauf der Dinge, so müssen wir diesen Zustand akzeptiren, aber wir müssen Alles thun, um ihn so viel wie möglich zu verhindern.

Jedenfalls dürfen wir keine Privilegien säen lassen — wer Privilegien säet, wird Revolution ernten. Die Aufgabe der unabhängigen Bewegung ist es, die Interessen des Proletariats gegen die bürgerliche Gesellschaft zu vertreten, es zur wirthschaftlichen Organisation zu veranlassen, genau wie im Jahre 1848 Marx und Engels in der Rheinischen Zeitung die selbstständigen Interessen des Proletariats gegen die bürgerliche Demokratie verfochten haben.

Als Sozialdemokraten sind wir verpflichtet, Kritik zu üben. Es hat den Anschein, als ob die Dauer des 12jährigen Sozialistengesetzes es verschuldet hat, daß man die Kritik nicht vertragen kann, denn jede Kritik wird direkt zur Verleumdung gestempelt, wie ich es in meiner Kontroverse über die Stückarbeit in der „Neuen Zeit" erfahren habe. Das thut einer Bewegung vielen Schaden. Auch dieses Urtheil, das ich mir erlaubt habe, wird vielleicht als Verleumdung hingestellt werden.

Das ist aber nicht mein Zweck gewesen und wird es nie sein, wohl aber habe ich gehofft, zur Erklärung der Sachlage etwas beizutragen.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Ihr

F. Domela-Nieuwenhuis.

Auf dem in Erfurt abgehaltenen Kongreß der deutschen Sozialdemokraten hat sich ein Kampf entwickelt, der im höchsten Grade die sozialistische Bewegung der ganzen Welt interessirt, denn mit einem leichten Unterschied in der Bezeichnung tritt er übereinstimmend in allen Fraktionen der sozialistischen Partei auf.

Auf der einen Seite (der rechten) stand Vollmar, der Mann, von dem man erwartet hatte, daß er sich binnen Kurzem an die Spitze der Radikalen stellen würde, wie er es überdies schon auf dem Kongreß in Halle hatte vorherahnen lassen. Er hielt einen Vortrag, der in mehr als einer Beziehung ein wahres Musterstück war und zeigte, daß er vollkommen in der Lage sei, sich vertheidigen zu können. Auf der anderen Seite trat Wildberger auf die Tribüne als Wortführer der Berliner Opposition. Und neben ihnen erschienen Bebel und Liebknecht, die zwischen Hammer und Amboß gerathen waren, als traurige Zeugen der Geschlechtslosigkeit.

Die gewissenhafte Lektüre des Kongreß-Protokolles, dessen Veröffentlichung wir abgewartet haben, um unser Urtheil nicht auf Zeitungsauszüge zu gründen, erfüllt uns mit einem gewissen Mitleid gegen die Männer, die während langer Jahre die Bewegung in Deutschland geleitet und vertheidigt haben und die gegenwärtig „die Mittelstraße" einschlagen und von zwei Seiten zugleich angegriffen wurden.

Vollmar sagte, er wünsche keine „neue Taktik", er fügte hinzu, daß er „auf dem Boden der bisherigen Taktik stehe, daß er sie aber konsequent durchgeführt sehen wolle." Und dennoch antwortete ihm Bebel: „Wenn die Partei die Taktik Vollmar's befolge und ihre ganze Agitation zunächst auf die Erkämpfung dieser 5 Punkte*) konzentrire mit vorläufiger Beiseitesetzung unserer eigentlichen Ziele, so wäre dieses ein Kampf, der nach meiner Ueberzeugung (der Bebel's) mit Nothwendigkeit zur Versumpfung der Partei führen müßte. Das bedeutete ein vollständiges Abziehen von unserem eigentlichen Ziele. Wir handelten also gerade umgekehrt, wie wir handeln

*) Diese fünf Punkte sind: 1) Weiterführung des Arbeiterschutzes; 2) Erringung eines wirklichen Vereinigungsrechts; 3) Enthaltung der Behörden von den Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern; 4) Verbot der Trusts und Kartelle; 5) Beseitigung der Lebensmittelzölle.

müßten und bisher gehandelt haben. Wir kämpften bisher um alles, was wir vom heutigen Staate erreichen können, aber was wir immer erringen — das ist stets betont worden — ist nur eine kleine Konzession und ändert an dem wahren Zustande der Dinge absolut nichts. Wir haben das Ganze im Auge zu behalten und jede neue Konzession hat für uns nur die Bedeutung und den Zweck, daß wir den Kampfboden, auf dem wir stehen, uns besser herrichten, um uns vertheidigungsfähiger zu machen."

Fischer ging weiter und sagte: „Wenn wir Vollmar's Standpunkt anerkennen, dann haben wir aus unserem Programm sofort die Worte „Sozialdemokratische Partei" zu streichen und dafür zu schreiben: „Programm der deutschen Arbeiterpartei." — — „Die Tendenz der Vollmar'schen Taktik ist, diese fünf Punkte, welche er als die „nächsten Aufgaben" hinstellt, um ihrer selbst willen zu erstreben; wir aber erklären: alle diese Reformen, welche wir verlangen, verlangen wir blos in der Voraussetzung, die Stellung der Arbeiter für die Eroberung der Endziele der Partei zu stärken, sie sind für uns blos Mittel zum Zweck; nach Vollmar aber erscheinen sie als Selbstzweck, als die Hauptsache für die Partei." — — — „Der Parteitag muß unzweideutig Stellung nehmen; entweder hält er den Beschluß von St. Gallen fest, oder er akzeptirt die Taktik Vollmar's, die, er mag wollen oder nicht, zu einer Theilung des Programms führt, die ganze Kraft der Partei auf jene fünf, nach unserer Auffassung im Verhältniß zu den Endzielen nebensächlichen Forderungen konzentriren will."

Liebknecht ist derselben Meinung, wenn er sagt: „Vollmar hat das Recht, der Partei eine andere Taktik vorzuschlagen, aber die Partei hat die Pflicht, in ihrem Lebensinteresse diese neue Taktik, welche den Ruin der Partei, ihre vollkommene Entmannung, ihre Umwandlung aus einer revolutionären und demokratischen in eine sozialistische Regierungspartei oder nationalliberale Sozialistenpartei bedeuten würde, aufs Entschiedenste zurückzuweisen." — — — „Genug — das Wohl, die Existenz der Partei erheischt es gebieterisch, daß wir erklären: mit dieser Taktik, die Vollmar in München vorgeschlagen und hier nicht von sich gewiesen hat, haben wir nichts gemein."

Inzwischen hatte Vollmar in seiner Zeitung, der „Münchener Post", einige Aussprüche zusammengestellt, die von verschiedenen sozialistischen Abgeordneten in ihren Reichstagsreden gemacht waren, und er hatte diese mit seinen eigenen diesbezüglichen Behauptungen verglichen, um zu beweisen, daß stets die nämlichen Prinzipien, die er gegenwärtig vertreten hatte, von den sozialistischen Abgeordneten befolgt worden waren, ohne daß man sie deswegen angegriffen hätte, und er folgerte hieraus, daß er durchaus keine neue Taktik vorschlüge, sondern nur der alten folge.

Wir lassen hier einige der den Vollmar'schen Behauptungen beigegebenen Aussprüche folgen:

Die deutsche Einheit hätten wir 1870/71 bei freier Wahl sicherlich anders gestaltet. Aber nun sie einmal so und nicht anders geworden ist, sollen wir unsere Kraft nicht in unaufhörlichen Erörterungen des Vergangenen vergeuden, sondern uns auf den Boden des Thatsächlichen stellen und unser Bestreben darauf richten, die Mängel jenes Werkes nach Kräften zu bessern.

Die Annexion von Elsaß-Lothringen ist vollzogen, und hier im Hause sind von unserer Seite die unzweideutigsten Erklärungen abgegeben worden, daß wir den bestehenden Rechtszustand heute anerkennen.

Auer, Sitzung vom 9. Februar 1891.

Wenn eine Arbeiterbewegung die Pflichten der internationalen Verbrüderung zu allen Zeiten und unter schwierigen Verhältnissen erfüllt hat und erfüllen will, so ist es die deutsche. Aber damit ist nicht ausgeschlossen, daß es für uns auch nationale Aufgaben und Pflichten giebt.

Keiner, der für den internationalen Gedanken noch so sehr begeistert ist, wird sagen, wir haben keine nationalen Pflichten.

Liebknecht, Kongreß zu Halle, 15. Oktober 1890.

Es ist erfreulich, daß wir in Frankreich sozialistische Freunde haben, welche dem chauvinistischen Treiben widerstehen. Aber weshalb leugnen, daß die maßgebenden Kreise jenes Landes durch einen verderblichen Chauvinismus und durch ein demselben entsprungenes ekelhaftes Kokettiren mit dem russischen Zarenthum viel Schuld an der Unruhe in Europa und den unaufhörlichen Rüstungen tragen?

Ich stimme bei, daß Deutschland entschlossen ist, den Frieden zu halten. Ich bin überzeugt, daß weder in den höchsten Kreisen, noch sonst in irgend einer Schicht der Gesellschaft die Absicht besteht, Deutschland in einen Krieg irgend einer Art zu stürzen. Gleichwohl aber, wir sind hier in Verhältnissen, die von unserm Willen unabhängig sind. In Frankreich — man mag das verurtheilen, man mag das auch bedauern, die Thatsache ist unumstößlich — in weiten Kreisen Frankreichs und zwar in den maßgebenden Schichten denkt man nach wie vor daran, die Erfolge des Krieges 1870/71 wieder zu beseitigen. Aus diesen Motiven resultirt das Bündniß, das heute zwischen Rußland und Frankreich besteht. Mag es nun schriftlich abgeschlossen sein oder nicht — es ist doch eine gewisse Interessensolidarität zwischen den beiden Ländern gegen Deutschland vorhanden und wird zur Durchführung gebracht.

Bebel, Sitzung vom 25. Juni 1890.

Es braucht nicht erst versichert zu werden, daß wir zur Diplomatie und ihren Werken wenig Zutrauen haben. Nichtsdestoweniger müssen wir für den Dreibund eintreten, weil seine Tendenz unzweifelhaft auf Erhaltung des Friedens gerichtet und er deshalb etwas verhältnißmäßig Gutes ist.

Wenn es gelungen ist, den Dreibund zu Stande zu bringen, so ist eben dieser Bund zu Stande gekommen, weil die Interessen der drei Reiche gegenüber den Bestrebungen, die Frankreich und Rußland mit einander im Bunde verfolgen, nothwendig solidarisch sind, wie immer auch sonst die Völker dieser einzelnen Staaten zu einander stehen . . .

Ich habe die Ueberzeugung, daß kein Staatsmann, weder in Oesterreich noch in Italien, noch in Deutschland, so lange diese Lage dauert, je sich den Gedanken bekommen lassen kann, von diesem Bunde sich loszulösen, weil er damit sein eigenes Heimathland der drohenden Gefahr aussetzen würde, falls die beiden anderen verbündeten Mächte in einem Kriege niedergeschlagen würden, mit Kriegsgefahr und Untergang sich bedroht zu sehen.

Bebel, Sitzung vom 25. Juni 1890.

Wenn jemals im Auslande irgendwo die Hoffnung bestehen sollte, daß im Falle eines Angriffes auf Deutschland der Angreifer auf die deutsche Sozialdemokratie zählen könnte — diese Hoffnung würde gründlich enttäuscht werden. Sobald unser Land von außen angegriffen wird, giebt es nur noch eine Partei, und wir Sozialdemokraten werden nicht am letzten unsere Pflicht thun.

Wir haben es schon oft erklärt, und auch ich kann erklären, daß wir bereit sind dem Vaterlande gegenüber ganz dieselben Pflichten zu erfüllen, wie alle anderen Bürger . . .

Ich weiß, daß nicht einer unter uns ist, der in dieser Beziehung anders denkt.

Auer, Sitzung vom 8. Dezember 1890.

Es ist erklärt worden, . . der deutsche Reichstag nehme sich nicht mit solcher Wärme der Vertheidigung des Vaterlandes an, wie das französische Parlament. Nun, ich möchte sagen, daß, was die Vertheidigung des Vaterlandes betrifft, alle Parteien einig sind; wenn es gilt, einem äußeren Feinde zur Abwehr entgegenzutreten, da wird keine Partei zurückbleiben.

Liebknecht, Sitzung vom 16. Mai 1891.

Krieg gegen das offizielle, grausame, barbarische Rußland, selbst die Vernichtung

dieses Feindes der Zivilisation ist also unsere heiligste Pflicht, die wir bis zum letzten Athemzuge erfüllen müssen, schon im Interesse des unterdrückten russischen Volkes, das unter der Knute seufzt. Und wenn wir dann in Reih' und Glied mit denjenigen kämpfen werden, die jetzt unsere Gegner sind, dann thun wir es nicht, um sie zu retten, sie und ihre politischen und ökonomischen Einrichtungen, sondern für Deutschland im Allgemeinen, also, um uns zu retten, uns selbst, und um von einem Barbaren das Land zu befreien, in dem wir eines Tages unser eigenes Gesellschafts-Ideal verwirklichen wollen.

Bebel, Vorwärts vom 27. Sept. 1891.

Nun mag Liebknecht behaupten, daß „herausgerissene Aeußerungen nichts beweisen", „daß die Stützen, auf welche sich Vollmar berufen, ihn im Stich lassen", — dieser erklärt sich bereit — und er hat Recht — noch andere Aeußerungen zu zitiren, die sich mit denen dieser Herren absolut decken. Es scheint übrigens, daß Liebknecht von seiner Schwäche überzeugt ist, wenn er selbst zugiebt, daß „die betreffenden Aeußerungen, auf die Goldwage gelegt, vielleicht nicht ganz scharf und korrekt waren", was ihn jedoch nicht verhindert, gegen die Annahme zu protestiren, als ob er, Bebel und Auer der Partei „eine andere Taktik, ein anderes Wesen hätten vorschreiben wollen." Diese Annahme drängt sich jedoch allen Denen auf, die das geringste Verständniß besitzen, und alle Erklärungen Liebknecht's und der ganzen sozialistischen Fraktion können keineswegs abschwächen, was Vollmar ihnen vorwirft, indem er sich auf die Aussprüche stützt, die erschöpfend darthun, daß Bebel und Liebknecht genau dasselbe wie er gesagt haben. Es liegt also kein Grund vor, Vollmar in Bezug hierauf anzugreifen, wenn man nicht das Sprichwort anwenden will: Quod licet Jovi, non licet bovi. (Was dem Jupiter erlaubt ist, ist darum noch nicht dem Ochsen erlaubt.)

Wie lautete die Antwort Vollmar's auf die Anklage, er habe eine neue Taktik einführen wollen? „Die Taktik, welche ich empfohlen habe, ist in ihren Elementen bereits bisher vorhanden gewesen, nur daß sie weniger folgerichtig durchgeführt wurde, und als Erklärung verweise ich auf die Rückschläge der „Jungen" mit ihrem revolutionären Phrasengeklingel." Ich sagte in meiner Rede: „Die von mir empfohlene Taktik ist seit dem Fall des Ausnahmezustandes schon in zahlreichen Fällen in und außer dem Reichstage befolgt worden." „Ich habe sie also nicht erfunden, sondern mich mit ihr identifizirt, wie sie seit Halle eingeschlagen ist. Heute kann

von dieser Taktik weniger als je abgegangen werden. Das zeigt aufs Deutlichste, daß ich die vorhandene Taktik im Auge habe, welche parteigesetzlich eingehalten werden soll."

Ein anderer Delegirter, Schulze-Magdeburg, sagt: „Auch ich mißbillige die Vollmar'sche Taktik, aber Vollmar hat doch nichts weiter ausgesprochen, als was nach meiner Ansicht die ganze Fraktion bisher gethan hat."

Und Auerbach-Berlin fügt hinzu: „Die Reichstagspraxis führt mit Nothwendigkeit zur Vollmar'schen Taktik."

Dr. Schönlank ruft aus: Die Reden des Herrn v. Vollmar hätten viel eher von einem volksparteilichen, als einem sozialdemokratischen Manne gehalten werden können. . . . Wegen eines zufälligen Ereignisses, wegen des Sturzes Bismarck's, verlangt Vollmar eine Aenderung der Tendenz unserer ganzen Bewegung, nicht blos der Taktik: er will an die Stelle der revolutionären Auffassung, daß nur durch Umänderung der Produktionsweise die heutige Unterdrückung der Arbeiterklasse beseitigt werden kann, eine gemüthliche bürgerliche Arbeiterpartei setzen, er will uns abspeisen mit kleinen Brocken!"

Auer ist derselben Ansicht, wenn er sagt: „Vollmar ist zweifellos in seiner Rede sowohl wie in seiner Broschüre für die Nothwendigkeit einer Aenderung der bisherigen Taktik eingetreten." Und nach der zweiten Rede Vollmar's (auf dem Parteitage) erklärt Bebel nachdrücklichst: „Es ist also durchaus falsch, wenn Vollmar heute mit allem Nachdruck erklärt, es sei ihm gar nicht eingefallen, eine neue Taktik zu wollen. Wenn es sich darum handelte, die alte Taktik beizubehalten, dann brauchten überhaupt die Reden nicht gehalten zu werden." Er sieht, daß Vollmar gerade das Gegentheil will, denn „das Ziel in seiner Gesammtheit ist die Hauptsache, und das Andere Nebensache. Wie weit wir in Bezug auf einzelne Konzessiönchen gekommen sind in dem Augenblick, wo wir das Ganze glauben erreichen zu können, das ist nebensächlich für uns. Vollmar erklärt umgekehrt, das große allgemeine Ziel als das vorläufig nebensächliche und als Hauptsache die nächsten, praktischen Forderungen, die wir zu erreichen haben. Das ist ein so prinzipieller Gegensatz, wie er schärfer garnicht gedacht werden kann, und worüber Klarheit zu schaffen allerdings die Aufgabe des Kongresses ist."

Mit Reden, wie den Vollmar'schen, wäre eine Sozialdemokratie nie entstanden. Mit ähnlichen Ideen gelange man in den nationalliberalen Sozialismus, das hieße die nationalliberale Taktik in die sozialdemokratische Partei einführen. Bebel giebt auch eine Erklärung für den Entwicklungsgang Vollmar's, indem er ihn herschreibt aus seinen „total veränderten persönlichen Verhältnissen und aus der sozialen Stellung, in die er in den

letzten Jahren gekommen ist. In dem Augenblick, wo ein Mann, der in der Partei eine hervorragende Rolle spielt, die beständige Fühlung mit der Masse verliert, weil er in eine andere soziale Position gelangt, ist die Gefahr vorhanden, daß er auf Abwege geräth und das Gefühl der Zusammengehörigkeit und des Zusammenhanges mit der Partei verliert. Vollmar ist seit Jahren mehr oder weniger isolirt, schon in Folge seines körperlichen Zustandes, mehr noch in Folge seiner persönlichen, sozial angenehmen Verhältnisse. Wie nun nach unserer materialistischen Auffassung bei ganzen Klassen die Existenzbedingungen ihren Gedankengang beherrschen, so gilt dasselbe sehr häufig auch von den Individuen unter uns selbst. Es geschieht nur zu oft, wenn man selbst in einer Position ist, die man als satte bezeichnen kann, daß man der Verführung erliegt, die eigenen Gefühle auch der hungrigen Masse zu unterstellen und zu denken: es pressirt, es eilt nicht mit der Umgestaltung, seien wir vorsichtig und sorgen wir, daß wir wenigstens allmählich, peu à peu zum Ziele kommen. Wir haben ja Zeit."

Diese Ausführung ist unbedingt scharfsinnig und angebracht, und nur eins wundert uns, daß Keiner der jungen Leute sich erhoben hat, um Bebel zu erwidern: „Muß diese Begründung des Vollmar'schen Vorgehens gleichzeitig nicht auch auf Sie und die Anderen angewendet werden? Hat der Vorwurf, den wir gegen Sie richten, nämlich daß Sie die von Ihnen ehemals vertheidigten und von uns unter Ihrer Leitung befolgten revolutionären Ideen aufgegeben haben, nicht dieselben Motive die Sie so richtig an Vollmar erkennen?"*)

Wie Bebel revolutionär ist, wenn er Vollmar entgegentritt! Und wie kann seine Rede den „Jungen" gegen ihn selbst zu Gute kommen mit der Umschrift: De te fabula narratur. „Wenn wir so agitiren wollten, wie Vollmar es wünscht, dann würden wir nothwendiger Weise eine Opportunitätspartei im allerschlimmsten Sinne des Wortes werden. Eine solche Taktik wäre etwa für die Partei dasselbe, als wenn man einem lebenden Organismus das Rückgrat zerbräche und ihm dann noch zugemuthet würde, dasselbe zu leisten wie vorher. Dagegen wehre ich mich, daß der Sozialdemokratie ihr Rückgrat zerbrochen, d. h. ihr Prinzip, der Klassenkampf gegen die herrschenden Klassen und die Staatsgewalt, durch eine lahme Taktik und Kampfweise und durch den ausschließlichen Kampf für sogenannte praktiische Ziele in den Hintergrund geschoben wird."

— Also, Bebel, Liebknecht, Auer, Fischer usw., alle sind einig, daß Vollmar in seinen Münchener Reden wirklich eine neue Taktik vorgeschlagen

---

*) Der Verfasser übersieht hierbei, daß die Opposition vor den Schlußreden Vollmar's und Bebel's den Kongreß verlassen hatte und daher in Erfurt nicht mehr in der Lage war, Herrn Bebel auf die „Sattheit" hin festzunageln.
Anmerkung des Uebersetzers.

hat. Darüber herrschte also Einstimmigkeit der Meinungen, selbst nach den von Vollmar auf dem Kongreß gehaltenen Reden.

In der That, hatte nicht Liebknecht erklärt, nachdem er Vollmar gehört habe, sei er mehr als je der Meinung, daß der Kongreß eine Entscheidung fällen müsse? Denn, so sagte Liebknecht, „obgleich Vollmar leugnet, eine neue Taktik zu befürworten, befürwortet er sie thatsächlich, nur daß er sich dabei auf frühere Aeußerungen von uns beruft, die von ihm heute noch anders ausgelegt wurden, als sie gemeint waren."

Eine Erklärung war also nöthig. Bebel schlug daher eine in die folgenden Sätze zusammengefaßte Resolution vor:

Der Parteitag wolle beschließen:

In Erwägung, daß die Eroberung der politischen Macht das erste und Hauptziel ist, nach der jede klassenbewußte Proletarierbewegung streben muß, daß aber die Eroberung der politischen Macht nicht das Werk eines Augenblickes, nicht die Frucht einer momentan gelungenen Ueberrumpelung des Gegners sein kann, sondern nur durch zähe und ausdauernde Arbeit und geschickte Benutzung aller Mittel und Wege, die sich der Propaganda für unsere Ideen und Ziele in der gesammten Arbeiterklasse darbieten, errungen werden kann, erklärt der Parteitag:

Es liegt kein Grund vor, die bisherige Taktik der Partei zu ändern.

Der Parteitag betrachtet es vielmehr noch immer als Pflicht der Parteigenossen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften und Mitteln die Agitation für die Reichstags-, Landtags- und Gemeinderathswahlen zu betreiben, wo immer nur eine Aussicht auf Erfolg, ohne Verletzung des Prinzips, sich bietet.

Ohne sich bei der Beschränktheit und dem Klassenegoismus der bürgerlichen Parteien über den Werth der parlamentarischen Erfolge in Bezug auf unsere Grundforderungen der geringsten Illusion hinzugeben, betrachtet der Parteitag die Agitation für die Reichstags-, Landtags- und Gemeinderathswahlen als besonders wirksam für die sozialistische Propaganda, weil sie die beste Gelegenheit bietet, mit den proletarischen Klassen in Berührung zu kommen und dieselben über ihre Klassenlage aufzuklären, und weil die Benutzung der parlamentarischen Tribüne das wirksamste Mittel ist, die Unzulänglichkeit der öffentlichen Gewalten zur Hebung der sozialen Uebel darzulegen und die Unfähigkeit der herrschenden Klassen, den neuen Kulturbedürfnissen, deren Befriedigung die Arbeiterklasse fordert, gerecht zu werden, vor aller Welt zu offenbaren.

Der Parteitag verlangt von den Vertretern der Partei, daß sie fest und entschieden im Sinne des Parteiprogramms wirken und, ohne auf die Erlangung von Konzessionen seitens der herrschenden Klassen zu verzichten, immer das ganze und letzte Ziel der Partei im Auge haben.

Der Parteitag verlangt ferner von jedem einzelnen Genossen, daß er den Beschlüssen der Gesammtheit und den Anordnungen der Partei-Organe, so lange diese innerhalb der ihnen zugewiesenen Befugnisse handeln, volle Beachtung schenkt und in der Erkenntniß, daß eine Kampfpartei, wie die sozialdemokratische, nur in strengster Disziplin und Unterwerfung unter den

Willen der Gesammtpartei ihr Ziel erreichen kann, diese Disziplin und diese Unterwerfung übt.

Der Parteitag erklärt ausdrücklich, daß die Kritik an den Handlungen oder Unterlassungen der Parteiorgane und der parlamentarischen Vertreter der Partei ein einem jeden Parteigenossen zustehendes selbstverständliches Recht ist, er verlangt aber, daß diese Kritik in Formen geübt werde, die eine sachliche Auseinandersetzung dem angegriffenen Theil ermöglichen. Er fordert insbesondere, daß kein Parteigenosse persönliche Anschuldigungen oder Anklagen öffentlich erhebt, bevor er sich nicht von der Richtigkeit der erhobenen Anschuldigungen oder Anklagen überzeugt und alle ihm nach der Organisation zustehenden Mittel erschöpft hat, um Abhilfe zu schaffen.

Endlich ist der Parteitag der Anschauung, daß der in den Statuten der internationalen Arbeiterassoziation von 1864 ausgesprochene Grundsatz: „Daß Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage für das Betragen aller ihrer Mitglieder unter einander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntniß oder Nationalität anzuerkennen sei", auch heute noch die Richtschnur für die Handlungen der Parteigenossen sein muß.

Diese Resolution ist, wie die meisten Resolutionen dieses Genres, derart unbestimmt und banal, daß Jedermann sie annehmen kann. Und gerade die Thatsache, daß sie von Jedem akzeptirt werden kann, beweist am besten ihre Bedeutungslosigkeit. Auch Vollmar erblickte an ihr nichts Unannehmbares. Allein er erklärt, die Begründung, die ihr von Bebel gegeben, nicht anzuerkennen. Gewiß, sagt er, kein Grund liegt vor, die Taktik der Partei zu wechseln, er, der darunter versteht, daß die durch ihn, Vollmar, befürwortete Taktik stets schon befolgt wurde, nur nicht in logischer Weise. Die Folge dieses geschickten Vorgehens ist, auf unbestimmte Zeit das Festlegen einer bindenden Erklärung zu verschieben und die unangenehme Sache zu umgehen.

Einer der Delegirten, Oertel-Nürnberg, schien das begriffen zu haben. Er wollte eine bestimmte, die Haltung Vollmar's betreffende, Erklärung herbeiführen, und zu diesem Zwecke schlug er vor, der Resolution Bebel folgendes Amendement hinzuzusetzen: „Der Parteitag erklärt hierbei ausdrücklich, daß er den Standpunkt, welchen Vollmar in seinen zwei Münchener Reden vom 1. Juni und 6. Juli d. J. mit Bezug auf die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie und die einzuschlagende neue Taktik eingenommen hat, nicht theilt, sondern denselben als für die weitere Entwickelung der Partei verhängnißvoll betrachtet."

Das läßt man sich gefallen! Das war doch klar. (Der letzte Satz seines Amendements wurde vom Antragsteller selbst aufgegeben.) Und wie dachten die Führer über dieses Amendement? Auer fordert den Kongreß auf, die Resolution Bebel mit dem Amendement Oertel anzunehmen.

Fischer dringt gleichfalls auf Annahme.

Liebknecht erklärt, daß „die Annahme des Amendements Oertel zu einer absoluten Nothwendigkeit für die Partei geworden ist". Er

urtheilt so gut darüber, daß er hinzufügt: „Im Interesse der Klarheit freue ich mich, daß der Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt ist; ich werde für ihn stimmen und hoffe, daß der Kongreß mit überwältigender Mehrheit die Resolution Oertel annehmen wird. **Ginge sie nicht durch, dann hätte die Opposition recht, dann ginge ich auch zur Opposition.**" Bebel fügte hinzu, daß es unerläßlich für den Kongreß sei, sich klar auszusprechen. In dieser Resolution (d. h. der großen Bebel'schen. D. Ü.) mußte irgend etwas Unklares liegen, denn Vollmar erklärte sie zu akzeptiren bis auf die Begründung, und Auerbach (von der Opposition) kann sie auch annehmen. Also die äußerste Rechte und die äußerste Linke erklären ihr Einverständniß bezüglich der Thesen, in die der Verfasser seinen Antrag niedergelegt hat. Oertel seinerseits verschmäht das Zweideutige und ist bereit, wenn es nicht anders geht, den gordischen Knoten zu zerschneiden. Vollmar muß sich wohl überzeugen, daß seine Ideen hier kein Echo finden und daß es für ihn unumgänglich ist, bestimmt sich für **Ja** oder **Nein** zu entscheiden. Alle aber halten die Annahme des Amendements Oertel für unerläßlich.

Vollmar erblickt in diesem Amendement eine persönliche Frage, die er nicht akzeptiren kann, die Mißtrauen ausdrückt. Liebknecht erklärt, daß nichts Persönliches darin liege, denn Vollmar's Person sei keineswegs im Spiele. Bebel sagt dasselbe; es handele sich nicht um einen Widerruf, sondern nur um eine Verschiedenheit in der Auffassung. Man dürfe nicht in der Resolution ein Mißtrauensvotum sehen wollen. Seine Absicht sei es gewesen, durch seine Resolution Vollmar eine Brücke zu bauen, damit er bei näherer Ueberlegung und nachdem er die Stimmung des Parteitages kennen gelernt habe, eine Form finde, die ihm gestatte, den in seinen gedruckten Reden eingenommenen Standpunkt zu verlassen.

Welche Rücksicht auf Vollmar! Trotz der energischen Erklärungen der Führer schien doch Vorsicht am Platze zu sein gegenüber einem Manne wie Vollmar, besonders als dieser erklärte: „Wenn der Antrag Oertel angenommen wird, habe ich Ihnen nur zu sagen, daß ich in dem Falle zum letzten Male vor Ihnen gesprochen habe." Er akzeptirt die Resolution hinsichtlich des Thatsächlichen, wie sie von Bebel vorgeschlagen ist, aber die persönliche, im Antrag Oertel enthaltene, Kritik hält er für unannehmbar.

Was ist da zu thun?

Mit Vollmar brechen? Das ist zu gewagt. Hat nicht Bebel sehr bestimmt erklärt, daß die von Vollmar in dieser Versammlung gehaltene Rede mehr Zustimmung gefunden habe, als er erwartete? Er bekenne das ganz freimüthig. Und er scheint wenig Vertrauen in die Mitglieder der Partei zu setzen, denn er ermahnt sie, sich wohl zu überlegen, was sie thun, und sich nicht verführen zu lassen, „weder durch die schöne Form der Reden Vollmar's, noch durch dessen schöne Augen."

Aber da wird ein Vermittlungsvorschlag durch Ehrhardt-Ludwigshafen gemacht: „Nachdem sich Vollmar ohne jede Einschränkung für die von Bebel und anderen Rednern entwickelte Ansicht bezüglich der Beibehaltung der bisherigen Parteitaktik ausgesprochen hat, erklärt der Parteitag den Antrag Oertel für erledigt und geht über denselben zur Tagesordnung über."

Das ist die Rettungsplanke! Man muß sie nur ergreifen und Alles ist erledigt. Was nun folgt, ähnelt sehr einer Komödie.

Oertel erklärt, er ziehe seinen Antrag zurück, wenn Vollmar sich mit dem letzten Antrag (dem von Ehrhardt. D. Ü.) einverstanden erkläre. (Wie läßt sich dies mit Oertel's eigener Erklärung vereinigen: „Vollmar kann sich gar nicht auf den Standpunkt des Bebel'schen Antrages stellen, denn er hat selbst gesagt, „daraus ergiebt sich, daß unsere Taktik heute nicht die gleiche sein kann." „Bebel hat aber gesagt, es liegt kein Grund vor, die heutige Taktik zu ändern. Vollmar muß sich also deutlicher erklären. Die prinzipielle Agitation wird auch künftig ausgezeichnete Früchte tragen.") Und nun erklärt Vollmar feierlich: „Ich habe in meiner Rede bereits erklärt, daß ich, sobald die Angelegenheit eine sachliche Erledigung findet, mich auf den Boden dieser sachlichen Erledigung stelle, daß ich dagegen um keinen Preis eine persönliche Spitze annehme. Nachdem nun der Antragsteller dem Antrage die persönliche Spitze genommen hat, ist die Sache für mich erledigt."

Im Grunde hat Vollmar nichts Bestimmtes gesagt, er hat sich vielmehr sehr diplomatisch ausgedrückt. Das verhindert ihn nicht, den Schauplatz als Sieger zu verlassen. Und was thaten alle die Anderen, die die Annahme des Antrages Oertel (in dem sie nach ihrer ausdrücklichen Erklärung nichts Persönliches fanden) als absolut nöthig angesehen hatten? Sie akzeptirten das Zurückziehen des Antrages, und Niemand nahm ihn wieder auf! Man wagte nicht, Vollmar verantwortlich zu machen. Mit den „Jungen" riskirte man weniger. So steuerte man nach rechts. Bisher haben wir noch nicht erfahren, daß Liebknecht zu den „Jungen" gegangen ist, trotzdem der Antrag Oertel nicht votirt wurde. Und man muß abwarten, ob die Ereignisse Auerbach Recht geben werden, wenn er sagte: „Wenn Liebknecht gesagt hat, daß, wenn der Parteitag sich nicht der Oertel'schen Resolution anschließen würde, er zur Berliner Opposition käme, so fürchte ich, daß er vielleicht in einem oder in zwei Jahren so weit sein wird, zur Berliner Opposition übergehen zu müssen."*) Wir fürchten das Gegentheil, denn wer einmal im Sinken ist, gleitet sehr schnell tiefer. Die Vollmar'sche Taktik ist einem zu

*) Ich bin und war auch in Erfurt ganz der Meinung des Verfassers; Herr Liebknecht marschirt in den neuen Bahnen zum Staatsmannsthum nicht allein im Trott mit, er bemüht sich auch, an der Spitze zu bleiben. Meine Hypothese war nur ironisch gemeint, weil ich nach den Kolophoniumblitzen, die Herr Liebknecht stets gegen die Opposition geschleudert hatte, wußte, daß er das Reklamiren seiner Person für die „Jungen" als etwas Schreckliches ansehen müsse. Anm. d. Uebers.

großen Theil der deutschen Sozialisten erwünscht, als daß sie nicht Aussicht auf den Sieg hätte.

Es fragt sich nur, ob der Antrag Oertel nicht verworfen worden wäre, und ob ihn dieser nicht zurückgezogen hat aus Furcht, daß er eine Gefahr für Bebel enthalte. Seine Verwerfung wäre die Verurtheilung der Politik der sozialistischen Reichstagsfraktion gewesen. Die Opposition hat schon ihren Nutzen gehabt, denn wer weiß, was ohne sie gekommen wäre. Unwillkürlich hat sie die parlamentarische Richtung in einer Bahn aufgehalten, in der diese zweifellos viel weiter fortgeschritten wäre. Indirekt hat sie schon gute Resultate gezeitigt, denn gegenwärtig werden die sich beobachtet wissenden Parlamentarier sich wohl hüten, zu sehr nach rechts zu schwenken.*) Man wird abwarten müssen, ob sie nicht künftig, durch die Nothwendigkeit getrieben, mehr und mehr auf diese Richtung zugehen werden und gleichzeitig die Haltung Derer beobachten, die dieses Mal noch als Sieger aus dem Streit hervorgegangen sind, wenn auch auf Kosten einer Konzession an Vollmar, der seinerseits befriedigt abtreten konnte. Denn nicht er ist, und sei es auch nur um einen Schritt, nach links gegangen, sondern seine „Gegner" sind bei dem Rencontre nach rechts marschirt. Das ist für den unparteiischen Leser des Kongreß-Protokolles die Nutzanwendung, die sich ganz klar ergiebt.

Betrachten wir die Haltung gegen die „Jungen", gegen die „Berliner Opposition". Nach dem Eindruck, den die Debatten auf uns machten, waren sie vor Beginn der Diskussion verurtheilt. Auf sie brauchte man nicht viel Rücksicht zu nehmen, da war man seiner Sache sicher. Singer erklärte sehr zutreffend: „Die Ausführungen Vollmar's sind viel gefährlicher für die Partei, als die Ansichten der „Jungen" und deren Wortführer." Das geht häufig so; die Rechte wird immer für gefährlicher gehalten, als die Linke, und daher hat die Menschheit durch alle Zeitalter mehr zu leiden gehabt unter den Schwenkungen nach rechts, als unter denen nach links.

Wildberger, einer der Redner der Opposition, stützte sich besonders zur Vertheidigung der von ihm dargelegten Auffassung bezüglich einer der Hauptfragen, des Parlamentarismus, auf eine Liebknecht'sche, im Jahre 1869 erschienene Broschüre. Das Vorwort einer Neuausgabe des Schriftchens, aus dem Jahre 1874, unterrichtet uns, daß Liebknecht nach diesen fünf Jahren und seit der Schaffung des Reichstages, dieselben Ansichten behalten hatte. Er sagt darin unter Anderem: „Ich habe nichts zurück-

*) Die Thatsachen werden den Verfasser inzwischen überzeugt haben, daß die „treibenden Nothwendigkeiten" schon eingetreten sind. Die Masse der kleinbürgerlichen Wähler will für den Stimmzettel eine Zuckerschachtel haben — und sie erhält sie. Hat doch schon Herr Dr. Lützenau die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 5. Berliner Reichstagswahlkreis für eine Resolution gewonnen, welche die Sozialdemokraten bei Stichwahlen zur Stimmabgabe für alle diejenigen verpflichten soll, die sich auf den Achtstundentag einschwören lassen. Man sieht, Herr von Vollmar macht Schule! Anm. d. Uebers.

zunehmen, nichts zu mildern, besonders davon, was meine Kritik des Bismarck'schen Parlamentarismus betrifft, der im deutschen Reichstag mit nicht weniger Frechheit auftritt, als ehedem im Norddeutschen Bundestag".

Er sagte zwar, auf dem Kongreß in Halle (1890), daß er nicht den Parlamentarismus verurtheilt habe, aber, setzte er hinzu, „zu jener Zeit waren die politischen Verhältnisse ganz andere; der Norddeutsche Bund war eine Fehlgeburt und es gab noch kein deutsches Reich"; jedoch das Vorwort seines Buches von 1874 befindet sich im Widerspruch mit dieser Anschauung. Damit will Liebknecht glauben machen, es handele sich nicht um eine Frage des Prinzips, sondern um eine Frage der Praxis, und in den Fragen der Praxis ist er außerordentlich liberal, erklärt er sich doch bereit, die Taktik in Zukunft zu ändern, wenn die Umstände es erfordern. Man hat also nur nöthig, irgend eine Frage unter die Rubrik „Taktik" zu bringen, um jederzeit seine Meinung ändern zu können! Uebrigens ist es notorisch, daß Liebknecht bezüglich des Parlamentarismus vor kurzer Zeit genau dieselben Ansichten bekannte, die die „Jungen" in Berlin heute vertheidigen.

Auf dem Kongreß in Gotha, 1876, sagte er: „Wenn die Sozialdemokratie sich an dieser Komödie betheiligt, wird sie zu einer sozialistischen Regierungspartei. Aber sie wird an keinerlei Komödien-Spiel Theilnehmen, und wird es niemals thun." Hätte er wohl zu jener Zeit geglaubt, es könne ein Tag kommen, wo man ihn anklagen würde, er habe selbst diese Komödie gespielt? Und hat sich Bebel nicht ebenfalls gegen die jetzige Taktik erklärt, als er auf dem Kongresse in St. Gallen sagte, er bedauere nicht die geringe Zahl der gewählten Abgeordneten, denn – äußerte er — wenn es mehr gewesen wären, dann hätte er diese verführerische Stellung als sehr gefährlich ansehen müssen; die Neigung zu Compromissen und zur sogenannten „praktischen Arbeit" würden sich wahrscheinlich „verschärft" haben, was Spaltungen hervorgerufen hätte. Der Vorwurf der jetzigen Opposition geht nun dahin, daß man diese Theorien aufgegeben hat, weil man Erfolge erlangt habe.

Liebknecht behauptete noch, daß das, was Wildberger auf dem Kongresse erzählt habe, schon tausend Mal besser und schärfer gesagt worden sei. Manches davon unterschreibe er selbst, was ihn jedoch keineswegs hindert, hinzuzufügen, daß, wenn man einen derartigen Standpunkt vertritt, man vollständig mit dem Parlamentarismus brechen, und dann auch den Muth seiner Ueberzeugung haben müsse, indem man sich klipp und klar Anarchist nenne.

Sehr treffend antwortete ihm Auerbach hierauf: „Wir halten einen großen Theil der von Liebknecht in seiner Broschüre vom Jahre 1869 aufgestellten Grundsätze auch heute noch für richtig. Ich glaube, dem Abgeordneten Liebknecht ist noch niemals vorgeworfen worden, daß er zum

Anarchismus hinneige, oder Anarchist werden wolle, und doch hätte ihm damals, 1869, auf Grund seiner Broschüre dieselbe anarchistelnde Taktik vorgeworfen werden können, die er uns heute vorwirft!"

Der Vorwurf des Anarchismus scheint eine liebliche Manier Liebknecht's zu sein: er bedient sich ihrer gegen jeden Gegner. Der Anarchismus — dessen Bedeutungslosigkeit er stets betheuert — die Anarchisten von ganz Europa könne man in ein Paar großer Körbe bequem verstecken — scheint ein Alp zu sein, der ihn überall verfolgt. Sobald man nicht einer Meinung mit ihm ist, wird man „Anarchist", und der „Polizeispitzel" folgt sogleich. Wir brauchen die Anarchisten nicht zu vertheidigen, wir protestiren aber gegen eine derartige Handlungsweise und sprechen es offen aus, daß wir das Wort „Anarchist" für nichts weniger als eine Beleidigung halten, über die man erröthen müsse. Die Namen der Märtyrer von Chikago, Elisée Reclus', Krapotkin's und so vieler Anderer sollten hinreichen für etwas größere Sparsamkeit mit derartigen hämischen Unterstellungen.

Alle persönlichen Fragen scheiden wir aus; sie haben für uns, weder so noch so, nicht das geringste Interesse, denn wahrscheinlich wird Unrecht auf beiden Seiten zu finden sein; Niemand jedoch wird gegen Wildberger und Auerbach den Vorwurf erheben können, sie hätten nicht eine ernste und gründige Diskussion geführt.

Als einen Beweis für das allmählige Hineingerathen in den Parlaments-Sumpf führte Wildberger unter Anderem die Haltung der Reichstagsfraktion zum Achtstundentag an. Auf dem internationalen Kongresse zu Paris war mit Einstimmigkeit die Einleitung einer gemeinsamen Agitation für sofortige Einführung des Achtstundentages beschlossen worden. Die sozialistischen Reichstagsabgeordneten machten daraus den Antrag, im Jahre 1890 den Zehnstundentag, im Jahre 1894 den Neun-, und endlich im Jahre 1898 den Achtstundentag einzuführen. 8 Jahre hätten also vergehen müssen, ehe der Achtstundentag durch den Reichstag erlangt worden wäre!

Wären wir boshaft, dann würden wir fragen, ob vielleicht eine Beziehung zwischen diesem Jahre und der Engels'schen Festsetzung der „großen Krachs"-Epoche auf das Jahr 1898 bestehe. Wäre dem so, dann könnte man auf den Gedanken kommen, von gewisser Seite werde die Erlangung des Achtstundentages für das glückliche Ergebniß dieser Katastrophe gehalten. Wir müssen dem unparteiischen Leser das Urtheil überlassen, ob dies nicht dem Aufgeben des Endzieles gleichkommt. Aber jedenfalls ist unserer Ansicht nach ein solcher Gesetzentwurf ein unverzeihlicher Fehler. Und die Berechtigung der oppositionellen Ausführungen erhellt unzweifelhaft aus der Erklärung Molkenbuhr's; er bestreitet der Opposition jede Existenzberechtigung, weil der Zehnstundentag schon jetzt einen großen Fortschritt bedeuten würde. Molkenbuhr fügt hinzu, daß der Gesetzentwurf

der sozialistischen Fraktion weitgehender ist als das, was bereits in der Schweiz und in Oesterreich eingeführt sei! Mit andern Worten: Wir müssen mit der Erlangung des Zehnstundentages schon sehr zufrieden sein, und der Achtstundentag ist für uns nur eine untergeordnete Frage! Und nun fragen wir, ob nach solchen Aeußerungen der Vorwurf der Versumpfung durch den Parlamentarismus noch wahrheitswidrig ist?

Jeder ist mit Liebknecht einverstanden, wenn er so treffend gegen den Opportunismus und für das Erhalten des revolutionären Charakters der Partei auftritt, wenn er erklärt, „daß ein Kompromiß zwischen Kapitalismus und Sozialismus nicht möglich ist, und daß alle übrigen Parteien auf dem Boden des Kapitalismus stehen". Wie ist das doch anders, als seine „staatsmännische" Rede in Halle, wo er bemerkt: „In Deutschland liegen die Dinge eben so, daß ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien bis zu einem gewissen Grade garnicht vermieden werden kann". „Wenn wir auch die Phrase von der „einen reaktionären Masse" aufgeben, so müssen wir doch wissen, daß alle anderen Parteien fest zusammenstehen und daß sie eine Mauer bilden, die nicht mit Güte, mit schönen Redensarten aus dem Weg geräumt werden kann. Sie muß erstürmt werden durch das zum Klassenbewußtsein erwachte Volk." Niemand wird auch gegen Singer etwas einwenden können, wenn er erklärt, er sei überzeugt, „daß die herrschenden Klassen in dem Augenblick, wo die Möglichkeit vorliegt, daß die Sozialdemokratie im Reichstag etwa aus eigener Kraft gesetzgeberische Maßregeln durchsetzen könnte, das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht ins alte Eisen werfen und alle in ihren Händen befindliche politische und materielle Macht aufbieten, um zu verhindern, daß eine so große Anzahl von Sozialdemokraten in den Reichstag kommt." Er erklärt weiter: „Aber selbst die Möglichkeit vorausgesetzt, daß wir durch parlamentarische Thätigkeit etwas Vernünftiges (!) (fürwahr sehr ermuthigend, wenn man selbst einsieht, daß es dort nichts Vernünftiges zu schaffen giebt!) erreichen können, so würde diese Thätigkeit, weil sie nur in Verbindung mit anderen Parteien ermöglicht werden kann, nothwendiger Weise zur Versumpfung der Partei führen müssen." Und wer möchte wohl Bebel verurtheilen, wenn er das revolutionäre Prinzip der Sozialdemokratie hochhält und standhaft vertheidigt gegen alle anderen politischen Parteien?

Und dennoch enthalten Auerbach's Worte viel Wahrheit, wenn er sich an die Fraktion und alle ihre Getreuen wendet: „Mit der von Herrn Bebel hingestellten Taktik könnte man ja bis auf manche Punkte einverstanden sein. Aber die Partei handelt nicht nach dieser Taktik. Die Partei handelt nach der Taktik, die Vollmar nicht allein erzählt, sondern auch ausgeübt hat."

Damit sind wir bei dem undefinirbaren Etwas angelangt, das weder Fisch noch Fleisch, bei der Verquickung der Theorie Wildberger mit der Praxis Vollmar. Dieser Dualismus ist gerichtet. Und in unsern Augen ist die Auflösung der Mittelpartei — Bebel, Liebknecht — nur eine Frage der Zeit. Eine Gruppe wird zu den „Jungen“ übertreten, der größte Theil wird sich vielleicht Vollmar anschließen, und die Reichstagsfraktion wird isolirt dastehen, falls sie nicht entschlossen nach links oder nach rechts geht.

Wildberger vertheidigte die verschiedenen Anklagepunkte, die in einem in Berlin erschienenen Flugblatte erhoben waren, und die gewisse Parteiführer so verschnupft hatten, daß sie ihre große Wuth nicht verbergen konnten. Bildeten sie sich vielleicht ein, sie hätten das Recht, gegen Vollmar zu donnern, und sie könnten Anderen das Recht verwehren, es ihnen gegenüber ebenso zu machen? Vollmar hatte vollkommen Recht, wenn er meinte, es sei schwierig, der Berliner Opposition einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie die Anklage der Versumpfung erhoben habe, wenn man sich dieselbe Freiheit ihm gegenüber nehme.

Lassen wir nun die von den „Jungen“ erhobenen hauptsächlichen Anklagen passiren:

1. Der revolutionäre Geist wird seitens einzelner Führer systematisch ertödtet.
2. Die geübte Diktatur erstickt jedes demokratische Fühlen und Denken.
3. Die ganze Bewegung ist verflacht und zur puren Reformpartei kleinbürgerlicher Richtung herabgesunken.
4. Es geschieht Alles, um einen Ausgleich zwischen Proletarier und Bourgeois herbeizuführen.
5. Angesichts der Arbeiterschutz- und Versicherungs-Anträge sei die Begeisterung unter den Genossen verflogen.
6. Majoritätsbeschlüsse in der Fraktion kommen fast immer mit Rücksicht auf andere Parteien und Gesellschaftsklassen zu Stande und ebnen so den Boden zur Schwenkung nach rechts.
7. Die Taktik ist falsch und verkehrt.

Auerbach setzt gleichfalls auseinander, warum man glaube, daß die mehr und mehr kleinbürgerliche Tendenz gefährlich werde, und warum man die opportunistische Politik fürchte. Er findet es lächerlich, daß man sich stets frage, was denken die Gegner über die und die Maßnahmen. Als Liebknecht und Bebel im Norddeutschen Bundestage das sozialdemokratische Programm bis in die letzten Konsequenzen verfochten haben, wie wurden sie angejohlt und ausgelacht von den gegnerischen Parteien; haben sie sich jemals etwas daraus gemacht? Auerbach zitirt noch einen Brief des Schweizers Lang-Zürich, in dem dieser seine Besorgniß hinsichtlich des Vollmar'schen Vorgehens ausspricht, „weil seiner Ansicht nach die Chancen für die Entstehung einer possibilistischen Partei in jedem Lande außerordentlich günstig seien“.

Und was antwortet Bebel auf all' das?

Auf die Anklage, es gebe eine Diktatur in der Partei, antwortet er, daß Alles, was Wildberger zur Unterstützung dieser Behauptung angezogen habe, in die Zeit vor dem Kongreß in Halle und zum Theil sogar in die früheste Zeit des Ausnahmegesetzes falle. Auf den Vorwurf, daß die Fraktion kleinbürgerliche Reformen treibe, antwortet er nur, daß Wildberger während der Wahl in seinen Flugblättern genau dasselbe gesagt habe wie alle anderen Kandidaten. Er umging also die Frage dadurch, daß er die Form der Interpellationen bemängelte. Die Vertheidigung Bebel's ist sehr schwach: das wird allen denen einleuchten, die aufmerksam und ohne Voreingenommenheit die im Kongreß-Protokolle enthaltenen Reden verfolgen. Wenn es wahr ist, was Bebel und Liebknecht sagten, daß sie vorziehen würden, bei den Stürmern statt bei den Bremsern zu sein, dann begreifen wir nicht, warum die Aufforderung zu energischem Handeln und die freie und offene Kritik der Fraktionspolitik mit so viel Aerger aufgenommen wurden. Ohne Feuer kein Rauch. Wenn eine Opposition da ist, hat sie auch einen Grund, und statt diesen zu prüfen, schlägt man um sich wie der Teufel im Weihkessel, zu dem Zwecke, von der Fährte abzulocken und den Glauben zu verbreiten, daß die Opposition keinerlei Existenzberechtigung habe, und daß sie nur Obstruktion um jeden Preis treiben wolle. Liebknecht führt in seiner Anmaßung als Beweis für die Trefflichkeit der Führung den so herrlich bewährten Erfolg an, ein dermaßen gefährliches Vorgehen, daß man nicht energisch genug gegen eine solche Auffassung protestiren kann. Hatte nicht der Abenteurer Napoleon III. zur Devise erwählt: „Der Erfolg rechtfertigt Alles“? Mit anderen Worten: Die Erfolgsanbetung ist der Gipfel der Frechheit bei Napoleon III. wie bei Liebknecht.

Dennoch weichen die Hoffnungen Bebel's und Liebknecht's hinsichtlich der nächsten Ereignisse sehr von einander ab. Wenn Liebknecht sagt: „Wir machen höchstens 20 pCt. der Bevölkerung aus und 80 pCt. sind gegen uns“, erwartet er unbedingt, daß die Sozialdemokraten noch lange Zeit bis zur Bildung der Majorität warten müßten.“ Vollmar fügt hinzu: „Es wäre thöricht, ja wir dürfen als Demokraten es nicht einmal fordern, daß diese 80 pCt. sich uns unterwerfen, und was wir thun können, ist, daß wir fortdauernd diese achtzig Prozent auf unsere Seite zu ziehen suchen.“ Diese wollen also den gesetzmäßigen und friedlichen Weg verfolgen, um die Majorität zu erlangen. Aber sollte es wohl ein so naives Individuum geben, wir müssen das Wort aussprechen, ein so unwissendes, das der Meinung ist, an dem Tage, wo wir unsererseits die Majorität hätten, würde die Bourgeoisie nachgeben und ihre Vorrechte ablegen? Die Macht liegt in

den Händen der Herrschaftsgewalten, wie schon der Philosoph Spinoza agte: „Jeder hat gerade so viel Recht, wie er Macht hat." Hat Bismarck nicht eine ganze Zeit lang ohne Budget und ohne Mehrheit im Norddeutschen Parlament regiert? Hat in Dänemark trotz einer regierungsfeindlichen Parlamentsmajorität sich die Regierung nicht Jahre lang behauptet, als ob nichts wäre? Also, die Herrschenden bekümmern sich garnicht darum, ob sie die Majorität oder die Minorität für sich haben. Sie verfügen über die brutale Gewalt, und sie werden sich durchaus nicht geniren, vorkommenden Falles die parlamentarischen Majoritäten gewaltsam zu unterdrücken, um die Herren zu bleiben. Die Minoritäten sind in der Geschichte stets die „treibende Kraft" in irgend einer Beziehung gewesen, und wenn wir warten sollten, bis wir von 20 pCt. auf 60 oder 80 pCt. angekommen sind, würden wir schön Zeit haben.

Bebel beurtheilt die Dinge anders. Wahr ist, daß er vor Provokationen warnt, und daß er darlegt, daß in dieser Zeit der Repetirgewehre und verbesserten Kanonen eine Erhebung, unternommen von einigen 100,000 Mann, zweifellos niedergemacht werden würde. Nichtsdestoweniger spricht er sich sehr hoffnungsvoll im Hinblick auf die nächste Zukunft aus. Er sagt: „Ich glaube, wir haben die größte Ursache, mit dem Gange der Dinge zufrieden zu sein. Nur diejenigen, welche das Ganze nicht zu überschauen vermögen, können anderer Meinung sein. Die bürgerliche Gesellschaft arbeitet so kräftig auf ihren eigenen Untergang los, daß wir nur den Moment abzuwarten brauchen, in dem wir die ihren Händen entfallende Gewalt aufzunehmen haben. Und wie in Deutschland, so nehmen in ganz Europa die Dinge eine Gestaltung an, daß wir auch hier alle Ursache haben, uns darüber zu freuen. Ja, ich bin überzeugt, die Verwirklichung unserer letzten Ziele ist so nahe, daß Wenige in diesem Saale sind, die diese Tage nicht erleben werden."

Bebel erwartet also eine baldige Aenderung des Zustandes der Dinge zum Vortheil unserer Ideen, was ihn aber durchaus nicht hindert, von der Tollheit einer durch einige 100,000 Köpfe begonnenen Erhebung" zu reden. Wie lassen sich diese beiden Anschauungen vereinigen?

In jedem Falle ist er weit optimistischer als Liebknecht und Vollmar, und er hegt solche Illusionen, daß er sich und Engels — wegen der Prophezeiungen dieses Letzteren, der das Datum der Revolution auf das Jahr 1898 angesagt hat — die beiden einzigen „Jungen" in der Partei nennt. Abzuwarten bleibt nur, ob dieser Optimismus nicht viel zu weit geht, wenn man, wie Engels, sagt: „Bei den Wahlen von 1895 dürfen wir also auf mindestens 2½ Millionen Stimmen rechnen, diese aber würden im 1900 sich auf 3½ bis 4 Millionen steigern. Ein angenehmer „Jahrhundertschluß" für unsere Bourgeois!" (Neue Zeit, Heft 19, 10. Jahrg.)

Wir unsererseits können vorläufig diese Hoffnungen nicht theilen. Engels präsentirt uns dies Alles auf eine so verlockende Art, als ob die Verwirklichung des Sozialismus uns vom Himmel fallen sollte, ohne daß wir uns deswegen zu erregen brauchten.

Wir sehen schon in unserer Phantasie Bebel oder Liebknecht als Reichskanzler unter Wilhelm II., neben einem aus Sozialdemokraten gebildeten Ministerium.

Sie sind an der Arbeit! Sind wir naiv genug, um uns einzubilden, daß etwas Werthvolles daraus entstehen wird?

Wenn ihnen schon jetzt der Opportunismus nicht widerstrebt, wir wären sicherlich nicht erstaunt, sollten wir ihre Entwicklung nach dieser Richtung hin beobachten, wenn sie erst einmal zur Herrschaft gekommen sind. Sind sie dahin gelangt, so wird das nur zum Schaden des Sozialismus sein, der, wenn er seine wesentlichen und charakteristischen Eigenschaften verliert, nur sehr wenig dem Ideal gleichen wird, das sich augenblicklich seine Bahnbrecher von ihm machen. Eine Spaltung würde sich sehr bald unter diesen Millionen von Wählern vollziehen und ein schrecklicher Wirrwarr wäre die Folge. Wir haben dafür das Beispiel des Christenthums zu Anfang unserer Zeitrechnung, unter Kaiser Konstantin.

Warum sollte sich ein Kaiser nicht zu politischem Zwecke in einen blutrothen Mantel hüllen, um als sozialistischer Kaiser die Sympathie der Massen zu gewinnen? So würde ein Staatssozialismus sich etabliren, gerade wie es ein Staatschristenthum gab, und diejenigen, die den wahrhaften sozialistischen Prinzipien treu blieben, würden als Ketzer verfolgt werden.

Das ist schon dagewesen. Warum wollen wir aus den geschichtlichen Erfahrungen nicht Vortheil ziehen?

In jedem Menschen steckt ein Stück von einem Inquisitor, und je mehr man von der Richtigkeit seiner Anschauungen überzeugt ist, desto mehr ist man geneigt, die Anderen im Verdacht zu haben und zu verfolgen. Nie haben wir ein treffenderes Beispiel dafür gehabt, als an Robespierre, dessen Rechtschaffenheit Niemand anzweifeln wird. Und erkennen wir nicht heute schon die inquisitorische und unduldsame Haltung bei der offiziellen sozialistischen deutschen Partei gegen die „Jungen"?

Dies kommt weniger von den Personen her, als von der Autorität, die man ihnen eingeräumt hat.

Eine mit irgend einer Autorität bekleidete Person will und muß diese ausüben, und bis zum Mißbrauch ist dann nur ein Schritt. Wir konstatiren also immer dasselbe Uebel, das nur seine Form verwandelt hat, ohne daß seine Basis angegriffen worden wäre; man darf daher den Individuen nur die geringmöglichste Macht einräumen, so daß sie sich darauf nicht berufen können.

Ist es wahr, daß, abgesehen von der Eventualität eines Krieges, die sozialdemokratische Partei Deutschlands in diesem Augenblick in der Lage ist, „mit gleichsam mathematischer Gewißheit den Zeitabschnitt, wo sie an die Macht gelangen wird, vorherzusagen," dann ist die Situation wirklich wunderbar; aber, wenn wir auch nicht frei von einem gewissen Optimismus sind, wir können doch unmöglich diese Auffassung theilen. Und gerade der Erfurter Kongreß hat uns die feste Ueberzeugung verschafft, daß die traditionelle Rolle des Befreiers Deutschland nicht von Frankreich übernehmen werde. Wir sind vielmehr der Ansicht Marx', wenn er sagt, „daß die Revolution beim Schrei des gallischen Hahns ausbrechen wird."

Mit der Geschichte Deutschlands vor Augen, glauben wir versichern zu können, daß in diesem Lande das revolutionäre Gefühl außerordentlich schwach entwickelt ist. Ob man diesen fast absoluten Mangel an revolutionärem Geist in Deutschland der Vertilgung ungeheurer Mengen Bier zuschreiben muß? Das steht fest, daß das Wort „Disziplin" viel geläufiger in diesem Lande als das Wort „Freiheit" ist. Das trifft auf alle Parteien zu, auch die Sozialdemokratie nicht ausgenommen. Wir verkennen nicht das Vortheilhafte einer Disziplin, besonders für eine Agitations-Partei, aber die Disziplin wird nothgedrungen ein Hinderniß für jede Initiative und jede Unabhängigkeit, sobald man sie übertreibt.

Die Leitung einer Gruppe mit solcher Disziplin endigt unbedingt beim Despotismus, der weniger das Werk einzelner Personen ist, als die Folge des blinden Unterwerfungsgeistes der Menge. Nicht die Despoten machen das Volk fügsam und knechtisch, sondern das Fehlen freiheitlicher Regungen in der Masse läßt Tyrannen erstehen. Es ist hiermit, wie mit den Jesuiten. Wozu sie verfolgen und verjagen? Wenn eine Handvoll Menschen eine solche Gefahr für ein ganzes Volk darstellt, dann befindet sich dieses wirklich in einer bemitleidenswerthen Lage. Nicht die Jesuiten schaffen die Tartüffes, sondern eine heuchlerische Welt, wie die unsrige, ist ein vorzüglich geeignetes Feld für die Entwicklung des Jesuitismus.

Die übertriebene Disziplin, welche bei den deutschen Sozialdemokraten herrscht, wird durch das nationale Leben des ganzen Volkes sehr natürlich erklärt.

In diesem Lande wird Alles von der zartesten Jugend an militärisch abgerichtet, und wenn man auf dem Brüsseler Kongresse die Haltung des Sozialismus gegenüber dem Militarismus mitangesehen hat, so wäre es vielleicht nützlich gewesen, man hätte gleichzeitig die Wirkungen des Militarismus innerhalb des Sozialismus behandelt. Denn diese wunderbare Erscheinung existirt wirklich. Rußland wird immer — und zwar mit Recht — als das Land der Knute hingestellt, Deutschland dagegen kann mit nicht weniger Berechtigung als das Land des Stockes bezeichnet werden. Dieses

Instrument bildet in Deutschland ein hervorragendes Bildungs-Element. In den Familien hat der Stock seinen Platz neben den Wandspiegeln, und im Allgemeinen bedienen sich seiner die Eltern gegen ihre Nachkommenschaft in sehr freigiebiger Weise. In der Schule wendet ihn der Lehrer nicht allein an, nein, er hat auch das Recht, ihn zu benutzen. Daraus folgt, daß, wenn die Kinder die Schule verlassen haben und in die Werkstatt oder die Fabrik eintreten, sie gar nicht erstaunt sind, dort gleichfalls ihren alten Bekannten wiederzutreffen; doch im Heere gelangt der Stock zu seinem größten Triumph.

So von der Kindheit an herrschend, sollte sich da der Einfluß des Stockes nicht in der Entwickelung des Charakters fühlbar machen und einen Geist der Unterwerfung hervorbringen, der jede freiheitliche Regung erstickt? Ist das merkwürdig?

Ganz natürlich ist es, daß diese militärisch abgerichteten Leute beim Eintritt in eine Partei sich auch hier einer harten Disziplin unterwerfen, die man vergebens in einem anderen Lande suchen würde, wo eine größere Freiheit seit Jahrhunderten herrscht und wo man die Ausfälle der Autorität nicht mit derselben Wurstigkeit ertragen würde, wie es in Deutschland nun einmal nöthig zu sein scheint.

Engels behauptet, wenn Deutschland im Frieden seine politisch-ökonomische Entwickelung weiternehme, so werde der legale Triumph der Sozialdemokratie schon im Voraus für das Ende dieses Jahrhunderts in Aussicht genommen werden können, und Bebel glaubt gleichfalls, daß die meisten unserer Zeitgenossen die vollständige Verwirklichung unserer Forderungen erleben werden. Aber ein Krieg kann diese schönen Hoffnungen über den Haufen werfen.

Diese Betrachtung bringt uns auf die Haltung der deutschen Führer bei der Diskussion des Militarismus auf dem Brüsseler Kongresse. Jedermann weiß, daß der Haß gegen Rußland Marx und Engels geradezu angeboren ist, und wie er durch sie auf die ganze Partei übergegangen. Während wir uns naiver Weise einbildeten, daß die Legende vom „Erbfeind" definitiv begraben werden solle, wird Rußland beständig als der Erbfeind Deutschlands hingestellt. Im Jahre 1876 veröffentlichte Liebknecht eine so heftige Broschüre gegen Rußland *) (nicht gegen den Zarismus, sondern gegen Rußland), daß ein anderer Sozialdemokrat sich für verpflichtet hielt, über den Gegenstand noch eine Broschüre zu schreiben, betitelt: Soll die Sozialdemokratie türkisch werden? Gegenwärtig fordern noch Bebel, Liebknecht, Engels und die Berliner Volkstribüne im Chorus **)

*) Zur orientalischen Frage oder: Soll Europa kosakisch werden?
**) Seit dem Rücktritt Paul Ernst's von der Redaktion der „Volkstribüne" scheint der furor teutonicus, der durch kleinkalibrige Kultur die Barbarei der Knute

die Zerstörung Rußlands und empfehlen sie sogar als eine Nothwendigkeit. Wie die alten Israeliten glaubten, zur Ausrottung der Kanaäniter berufen zu sein, so halten es die deutschen Führer für ihre Pflicht, eine gleiche Stellung Rußland gegenüber einzunehmen.

Allgemein wird die franko-russische Allianz heftig getadelt, und unserer Meinung nach hat sich die französische Republik dadurch entehrt, daß sie sich in die Arme des moskowitischen Despoten warf; aber wer trägt die Schuld? Hat Deutschland durch die Tripel-Allianz nicht jenen Pakt hervorgerufen? Frankreich hält sich durch die Annexion von Elsaß-Lothringen im Jahre 1871 für entsetzlich beraubt. Es verzeiht ebenso wenig diesen Raub, wie es ihn vergißt. Es hofft nur noch auf die Wiedergewinnung der beiden Provinzen. Kann man ihm das so sehr verdenken? Es würde einen Bund mit dem Teufel in Person schließen, wenn dieser ihm das verlorene Gebiet wiederverschaffen könnte.

Also Deutschland ganz allein ist die Ursache der gegenwärtigen Lage.

Die Tripel-Allianz bezeichnet sich als Friedenshüterin, aber in Wirklichkeit ist sie nur eine beständige Kriegsprovokation. Deutschland hat hat Bundesgenossen gesucht, um seinen Besitz bewachen und ihn gegebenen Falles vertheidigen zu können. Deutschland ist also in letzter Instanz für die franko-russische Allianz verantwortlich.

Und welche Stellung nimmt die sozialdemokratische Partei in Deutschland ein?

Sie erklärt durch den von mehreren Auftraggebern bestimmten Wortführer, daß sie die gegenwärtige Lage, *als zu Recht bestehend*, anerkennt (Auer, Reichstagssitzung vom Februar 1891). Genau dasselbe thut die kapitalistische Gesellschaft. Die besitzenden Klassen proklamiren, nachdem sie alle ihre Reichthümer gestohlen haben, das Recht auf Eigenthum als unveränderlich. Sie sagen den Beraubten: Wer von nun an die ruchlose Hand an unsere Güter legt, wird eingesperrt werden; wir erkennen von unserem Standpunkte aus die bestehende Ordnung der Dinge an. Die Besitzenden handeln stets so, indem sie das alte Sprichwort wieder wahr machen: Beati possedentes! (Glücklich die Besitzenden!)

Die Deutschen klagen die Franzosen des Chauvinismus an, weil die Letzteren die Rückgabe Elsaß-Lothringens verlangen, aber hat man nicht das Recht, die Deutschen ebenfalls des Chauvinismus zu zeihen, weil sie die beiden Provinzen behalten wollen? Die deutsche sozialistische Partei hat mit ihren bisherigen Reden und beständigen Angriffen auf Rußland das

vernichten sollte, aus den Spalten dieses Blattes verschwunden zu sein. — Herr von Vollmar war übrigens in Erfurt so liebenswürdig, die Redaktions-Kriegsgelüste der „Volkstribüne" auf das Conto der „Jungen" zu setzen, die jedoch sofort gegen diese Behauptung energisch Protest erhoben. Anm. d. Uebers.

Spiel der Regierung getrieben. Für diese war die große Frage in der That: „Wie halten wir uns den Feind im Innern, die Sozialdemokratie, vom Halse?" Die Furcht vor einer Volksbewegung verhinderte bisher die Regierenden, Krieg zu führen. Sie hatten Furcht vor den eventuellen Folgen eines derartigen Unternehmens.

Heute ist diese Furcht verschwunden, denn die Partei selbst hat die Regierung beruhigt.

Wir verstehen vollkommen, daß man nach all den Aufreizungen sagen konnte: „Die deutschen Sozialdemokraten werden nicht allzu erstaunt sein dürfen, wenn sie in einem Kriege gegen Rußland als Elite-Truppe organisirt werden, um als Kanonenfutter erster Güte zu dienen. Sie haben den Wunsch danach ausgedrückt. Man wird ihnen ein Erinnerungsdenkmal nicht abschlagen, z. B. in der Form eines gigantischen Jagdhundes aus Eisen."

Wer wollte leugnen, daß Rußland der Feind aller menschlichen Freiheit ist? Nur zweifeln wir stark daran, daß gerade Deutschland berufen ist, die Rolle eines Vertheidigers der Freiheit durchzuführen! Die „deutsche Freiheit" ist gegenwärtig noch ein Artikel, der durchaus kein Vertrauen einflößt; im Ohr der meisten Sterblichen haben diese beiden Worte, das Substantiv und das Adjektiv, einen falschen Klang! Und wenn Bebel aus Haß gegen Rußland so weit geht, die Vernichtung des barbarischen und offiziellen Rußland als die Erfüllung einer heiligen Aufgabe zu predigen, ohne auch nur, und sei es auch nur mit einem Worte, zu erwähnen, daß im offiziellen Deutschland höchst autokratisch Angesichts der ganzen Welt verkündet wird, daß „der Wille des Königs das höchste Gesetz sei" — suprema lex regis voluntas —, so vergißt er vollständig den internationalen Charakter des Sozialismus. Er richtet sogar einen Appell an die Sozialdemokraten und ladet sie ein, „Schulter an Schulter mit Denen zu kämpfen, die heute unsere Gegner sind". Man vergißt also den Klassenkampf, nur weil man im deutschen Bourgeois — der doch der Todfeind des deutschen Proletariats ist — eine werthvolle Stütze erblickt, um einen Nationalitätskrieg unternehmen zu können und um Rußland zu vertilgen!

Es ist also wohl festgestellt, daß bei der Eventualität eines Krieges gegen Rußland Bourgeois und Proletarier für jene Herren nur noch eins bilden, und daß der Klassenkampf vorläufig bei Seite gesetzt wird! Aber der Krieg gegen Rußland ist beim gegenwärtigen Zustand der Dinge der Krieg gegen Frankreich, und Engels giebt es selbst zu, wenn er schreibt: „Beim ersten Kanonenschuß, der an der Weichsel abgegeben wird, marschiren die Franzosen an den Rhein!" Das ist es ja gerade, was wir fürchten! Französische sozialistische Arbeiter werden in Reih und Glied gegen deutsche sozialistische Arbeiter marschiren, die ihrerseits in Regimenter eingereiht sind, um ihre französischen Brüder zu ermorden. Das sollte um jeden Preis

vermieden werden, und mag man es schlecht finden oder nicht, mag man uns als Anarchisten behandeln oder wie man sonst beliebt, wir werden trotzdem es aussprechen, daß alle, die sich mit Bebel einverstanden erklären, chauvinistische Ideen nähren und weit entfernt vom internationalen Prinzip sind, das ein Merkmal des Sozialismus ist.

Wie denn, ist Preußen denn etwas anderes als die übrigen Länder? Hat es sich nicht an der Zerstückelung Polens betheiligt, um sich eines Theils der Beute zu bemächtigen? (Nichts wird dadurch an der Sache geändert, daß Rußland den Löwenantheil gehabt hat, denn dies geschah nur, weil Preußen nicht stark genug war, um ihn für sich zu nehmen.) Und hat es nicht ebenfalls Elsaß-Lothringen von Frankreich annektirt? Statt ein einiges Deutschland zu schaffen, in das alle verschiedenen Stämme aufgingen, hat man das deutsche Reich prussianisirt, dagegen Preußen nicht germanisirt. Und ein solches Land sollte den Anspruch erheben wollen, vor den Augen der Welt als Schutzwehr der Freiheit zu gelten!!!

Gewiß, würde der Russe siegen, es würde das ein Unglück für die Zivilisation sein. Doch, wenn Preußen aus dem Kampfe siegreich hervorginge, würde das viel besser sein? Drückt nicht in diesem Lande die „Militarisirung" jeglicher Verwaltung Allen ein unerträglich bevormundendes Siegel auf? Das springt allen denen in die Augen, die Deutschland besuchen. Engels sagt wohl, daß im Falle eines Sieges „Deutschland nirgends Annexionsstoff findet." Als ob nicht die Niederlande im Westen, Dänemark im Osten und Deutsch-Oesterreich im Süden wären! Wenn man irgend ein Land annektiren will, findet man immer einen Vorwand, und nöthigenfalls schafft man ihn. Lothringen liefert uns dafür ein treffendes Beispiel. Sind alle anderen Gründe erschöpft, dann stellt man als ultimo ratio die „strategische Nothwendigkeit" auf. Wir sind durchaus nicht davon überzeugt, daß aus einem deutschen Siege sich ein Vortheil für die sozialistische Bewegung ergebenwürde. Im Gegentheil, wir fürchten, daß die unmittelbare Folge die Befestigung des monarchischen Prinzips zum Nachtheil der revolutionären Bewegung wäre.

Engels stellt uns die Sache so dar: „Der Friede sichert den Sieg der deutschen sozialdemokratischen Partei in ungefähr zehn Jahren. Der Krieg bringt ihr entweder den Sieg in zwei bis drei Jahren, oder vollständigen Ruin, wenigstens auf fünfzehn bis zwanzig Jahre. Dem gegenüber müßten die deutschen Sozialisten toll sein, wünschten sie den Krieg, bei dem sie Alles auf eine Karte setzen, statt den sicheren Triumph des Friedens abzuwarten. Noch mehr. Kein Sozialist, von welcher Nationalität auch immer, kann den kriegerischen Triumph weder der heutigen deutschen Regierung wünschen, noch der französischen bürgerlichen Republik, am allerwenigsten der des Zaren, der eins wäre mit der Unterjochung Europas.

Und deshalb sind die Sozialisten in allen Ländern für den Frieden. Kommt aber der Krieg dennoch, dann ist nur Eins sicher: Dieser Krieg, wo fünfzehn bis zwanzig Millionen Bewaffneter sich unter einander abschlachten und ganz Europa verwüsten würden wie nie vorher — dieser Krieg muß entweder den sofortigen Sieg dem Sozialismus bringen oder aber die alte Ordnung der Dinge direkt von Kopf zu Fuß umstürzen, und einen solchen Trümmerhaufen hinterlassen, daß die alte kapitalistische Gesellschaft unmöglicher würde als je, und daß die soziale Revolution zwar um zehn oder fünfzehn Jahre hinausgeschoben würde, dann aber auch siegen müßte nach um so rascherem und gründlicherem Verlauf."

Wäre Engels' Auseinandersetzung richtig, dann würde sicher ein energischer Staatsmann, der an diese Prophezeihungen glaubte, so schnell wie möglich einen Krieg provoziren. Wenn der Triumph des Sozialismus nach einem zehnjährigen Frieden gewiß ist, so würde der Gegner wahrlich sehr thöricht sein, der ohne Schwertstreich diese Frist abwartete. Denn sehr dumm muß derjenige sein, der nicht die Möglichkeit zu siegen der Gewißheit zu verlieren vorzieht.

Wir dagegen glauben, daß Engels vergessen hat, wie das Volk sich noch viel zu häufig für die Machinationen des ersten besten Abenteurers hergiebt. Ganz kürzlich erst haben wir ein Beispiel an dem boulangistischen Abenteuer in Frankreich erlebt. Allgemein bekannt ist es, daß sich ein Theil der Sozialisten — sogar auch einige Führer — an die Rockschöße jenes Herrn gehängt hat. Sind wir da ganz sicher, daß es irgend einem geschickten Abenteurer nicht gelingen sollte, die sozialdemokratische Bewegung auf eine falsche Bahn zu führen, wenn er sich mit etwas sozialistischem Flitterkram umgiebt, umsomehr, wenn Bebel schon so wenig Vertrauen zeigt, daß er die Befürchtung ausspricht, „die Elite der Partei könne sich verführen lassen" — und mit vollem Recht kann man die Delegirten auf dem Erfurter Kongresse so nennen — „durch die schöne Form der Rede" und auch „die schönen Augen eines Vollmar." Dieses Zeugniß spricht nicht gerade sehr für das Vorhandensein einer großen Dosis Unabhängigkeit bei den Zielbewußten, und unwillkürlich wirft man die Frage auf, welche Widerstandskraft die Masse besitze.

Ueberall wird die Gewißheit, daß der Sozialismus durch den Frieden zum Sieg gelangen werde, durchaus nicht getheilt. Viele erwarten sogar mit Besorgniß — nach den in der deutschen sozialdemokratischen Partei vorgekommenen Ereignissen — den Antritt dieser Art von Sozialismus, der gegenwärtig in Deutschland zu dominiren scheint, und zwar weil diese Lehre durchaus nicht der Idee gleicht, die man sich früher von ihr gemacht hat.

Wir sind der Meinung, daß die Dinge ein ganz anderes Gesicht zeigen würden, wenn der nächste Krieg zur Folge die Zerstörung des

Militarismus hätte. Nehmen wir an, Deutschland werde geschlagen, entweder durch Rußland allein, oder durch Rußland und Frankreich zusammen, und daß dann das Volk im Gefühl, daß der definitive Sieg Rußlands die Rückkehr zum Despotismus bedeute, erhebe sich voll Enthusiasmus, um den Einfall zurückzuwerfen, so werden diese Volksheere gewiß ebenso den Sieg erringen, wie die Franzosen von 1793 gegenüber den Heeren der vereinigten Tyrannen.

Die Russen sind total geschlagen. Man fraternisirt mit den Franzosen, denn die Ursache der Feindseligkeiten zwischen den beiden Völkern, die Annexion Elsaß-Lothringens, verschwindet sofort.

Und wer weiß, ob das französische Proletariat, angeekelt von der Republik der Diebe, der schurkischen Bourgeois, nicht dem Regiment ein Ziel setzen wird, das im Stande ist, ihm den begeistertsten Republikanismus zu verleiden.

Wäre eine derartige Lösung nicht vorzuziehen? Aber auch wenn wir alle Philosophie und alle Prophezeiungen bei Seite lassen, als Sozialisten dürfen wir den kriegerischen Geist nicht entflammen gegen wen es auch sei.

Wir müssen im Gegentheil Alles thun, was in unserer Macht liegt, um den Krieg unmöglich zu machen. Wenn die Regierenden, aus Furcht vor dem Sozialismus, keinen Krieg wagen, so haben wir schon viel gewonnen, und wenn der gewappnete Friede, der noch schlimmer als der Krieg ist, weil er länger währt, die Militär-Staaten zum Bankerott treibt, so haben wir uns dazu Glück zu wünschen, denn auch auf diese Art wird der Kapitalismus zu seinem eigenen Todtengräber.

Wären wir mit Bebel und Liebknecht einverstanden, wir würden verpflichtet sein, alle Militär-Ausgaben zu billigen und dafür zu stimmen, denn wenn wir sie verweigern, würden wir ja die Regierung an der Beschaffung der Mittel verhindern, deren sie sich benöthigt glaubt, um die Aufgabe zu gutem Gelingen zu bringen, die ihr, nach den Sozialdemokraten dieser Spezies, obliegt. Ein Mal auf diesem Abhang, und man gleitet immer schneller hinunter. Statt des stolzen: Keinen Mann und keinen Groschen! muß man sagen: Soviel Mann und soviel Geld, wie Sie wünschen! Liebknecht mag immerhin gegen diesen Schluß protestiren, er ergiebt sich nichtsdestoweniger aus seinen Worten und Handlungen.

Die Logik ist unerbittlich und duldet nicht die geringste Uebertretung! Will Liebknecht uns von der gefährlichen Macht des Chauvinismus befreien, dann muß er ein Beispiel geben und sich nicht selbst darin verlieren, wie er es in Gemeinschaft mit mehreren Andern unleugbar gethan hat.

Wir müssen uns im Gegentheil auf den Standpunkt der Klassiker der deutschen Litteratur stellen; auf den Standpunkt eines Lessing, der gesagt hat: „Ich begreife den Patriotismus nicht, und dieses Gefühl scheint mir zumeist eine heldenhafte Schwäche zu sein, die ich sehr gern ablege"; eines Schiller, wenn er schreibt: „Physisch wollen wir Bürger unserer Epoche sein, weil es nun einmal nicht anders sein kann; aber sonst und innerlich ist es das Vorrecht und die Pflicht des Philosophen wie des Dichters, keinem besonderen Volke und keiner besonderen Epoche anzugehören, sondern in Wirklichkeit der Bürger aller Zeiten zu sein."

Wir überlassen jetzt jedem Leser die Sorge, zu beurtheilen, ob, nach den Debatten des Erfurter Kongresses, die deutsche Sozialdemokratie einen Schritt vorwärts oder rückwärts gethan hat. Um jedem Vorwurf der Parteilichkeit zu begegnen, haben wir gewissenhaft die Aussprüche ihrer Führer zitirt.

Unser Eindruck ist, daß aus Opportunitätsgründen die Leitung der Partei es vorgezogen hat, nach rechts zu gehen (um nicht die Unterstützung Vollmar's und der Seinigen zu verlieren, deren Zahl größer war, als sie geglaubt hatte), statt nach links, und daß sie die Opposition zum Zweck ihrer persönlichen Rettung geopfert hat.

Robespierre hat ebenso gehandelt. Er hat zuerst die äußerste Linke, die Hebertisten, unter dem Beistand von Danton und Desmoulins, zerschmettert, um darauf die Rechte, die unter Anderen von den beiden Letzteren repräsentirt wurde, zu vernichten, und Alles das, um als alleiniger Sieger aus dem Kampfe hervorzugehen.

Als aber die Reaktion ihr Haupt erhob, merkte er, daß er seine natürlichen Beschützer selbst getödtet hatte, daß er sich sein eigenes Grab gegraben.

Im Verlag von **G. Harnisch, Berlin W., Yorkstraße 43**, sind noch folgende Schriften erschienen:

Der Sozialismus als Feind der Religion und die Volksschule.

Ein Wort zur Klärung von A. P. Preis 20 Pf. Der Verfasser, ein hervorragender Sozialdemokrat, führt darin den Nachweis, daß das Ziel der Sozialdemokratie auf dem **religiösen Gebiete der Atheismus ist und daß der Sozialismus alle Religion endgiltig ablösen wird.**

Rettet die Kinder.

Ein Mahnruf an alle Eltern und Erzieher. Von Ernst Wichers von Gogh. Preis 20 Pf. Diese kleine Schrift des in weitesten Kreisen bekannten Verfassers ist in Beziehung zu dem im sozialdemokratischen Programm enthaltenen Satze: „Religion ist Privatsache" geschrieben und gipfelt in der Forderung, die Religion aus der Schule zu verbannen.

Traut Euch nicht vor Sozialisten und Atheisten.

Eine in leichtverständlicher Weise geschriebene Agitationsschrift, welche **das Wesen des Sozialismus und Atheismus** behandelt. Mit einem den Inhalt kennzeichnenden Titelbild. Signet sich vorzüglich zur Massenagitation. Preis 10 Pf. 100 Stück 5 Mk., 500 Stück 20 Mk. 1000 Stück 35 Mk.

Der Parlamentarismus und die Arbeiterklasse.

Von Hermann Teistler. Preis 15 Pf. In dieser trefflich geschriebenen Brochüre führt der Verfasser die Bedeutung des Parlamentarismus auf ihren wahren Werth oder besser gesagt Unwerth zurück und betont gegenüber der Unterschätzung der Gewerkschaften die Aufgabe derselben, die Massenbewegungen zu organisiren, den Klassenkampf zu leiten und den Streik im sozialistischen Sinne zu einem politischen Machtmittel auszugestalten.

Werth und Bedeutung politischer Demonstrationen.

Festschrift zur Maifeier. Von Hans Müller. 20 Seiten. Preis 10 Pf. Der Verfasser führt aus, daß der geringe Vortheil, den die Arbeiterklasse durch das Parlament erlangen kann, auch nur dann erzielt wird, wenn große Volksbewegungen auf die Entschließungen des Parlaments einwirken, und bringt hierfür mehrere historische Beispiele.

Wider die kleinbürgerlich-parlamentarische Sozialreform — Für die revolutionäre Sozialdemokratie!

Von Albert Auerbach. 32 Seiten. 15 Pf. Die Schrift behandelt in satyrischer Weise die sozialdemokratische Parteileitungs-Taktik seit Aufhebung des Sozialistengesetzes, bespricht die Vorgänge vor und in Erfurt und giebt zum Schluß ein in großen Zügen gehaltenes Bild von dem, was die unabhängigen Sozialisten erstreben.

Das Trinkgeld und die wirthschaftliche Lage der Kellner und Berufsgenossen.

Eine Aufklärungs-, Agitations- und Antwortschrift zu der vom Pfarrer Schmidt herausgegebenen Brochüre: „Des Kellners Weh und Wohl". Bearbeitet von den Kellnern L. Ebert und R. Hoffmeyer. Preis 40 Pf.

Die Jugend.

Eine Schrift zur Unterhaltung und Belehrung für Söhne und Töchter des arbeitenden Volkes. Herausgegeben von Dr. Bruno Wille, Lehrer der freireligiösen Gemeinde zu Berlin. Preis gebd. Mk. 1,50. In 5 Heften à 20 Pf.

Einsiedler und Genosse.

Soziale Gedichte nebst einem Vorspiel von Dr. Bruno Wille. Einleitung von Julius Hart. Preis 60 Pf.

Hugo Ginzel, Berlin W. 57.

END OF
TITLE